

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. September 1999**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	20, 21	Lensing, Werner (CDU/CSU)	26, 27
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) . .	2, 40	Mark, Lothar (SPD)	42, 43
Bühler, Klaus (Bruchsal) (CDU/CSU)	44, 45	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	32
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	34, 35	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	13, 14
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	19	Niebel, Dirk (F.D.P.)	18, 25
Dr. Fink, Heinrich (PDS)	1	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	5, 6
Flach, Ulrike (F.D.P.)	15, 36	Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	37
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	16, 17	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	9, 10
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	11, 12	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	7
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	4	Siemann, Werner (CDU/CSU)	28, 29
Dr. Hornhues, Karl-Heinz (CDU/CSU)	46	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	38, 39
Iwersen, Gabriele (SPD)	22, 23	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) . . .	30, 31
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	24, 33	Zierer, Benno (CDU/CSU)	3
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	8, 41		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Bundesministerium der Justiz	3
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	3
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Auswärtiges Amt	4
Bundesministerium des Innern	5
Bundesministerium der Finanzen	5
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	7
Bundesministerium der Verteidigung	8
Bundesministerium für Gesundheit	9
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	11

Bundesministerium der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Heinrich Fink
(PDS)

Ist mein Eindruck richtig, dass die Bundesregierung in der Frage des Künstlergemeinschaftsrechts im Umdenken begriffen ist, wenn in der „Agenda 1999“ des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien zu lesen ist, dass die Schaffung eines solchen Rechts erwogen wird, während es in der Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ meiner Fraktion (Drucksache 14/1106) vom 1. Juni 1999 noch rundweg abgelehnt wurde?

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

2. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die europäische Schiffbauförderung über das Jahr 2000 hinaus für den Fall gewährleistet wird, dass das OECD-Schiffbau-Abkommen bis zum Ende des kommenden Jahres nicht ratifiziert sein sollte, und welche Konsequenzen zieht sie auf nationaler und europäischer Ebene aus der bisherigen Nicht-Ratifizierung dieses Abkommens, das zu einer Zementierung der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zugunsten asiatischer Anbieter führen könnte, für die aktuelle deutsche Schiffbauförderung?

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

3. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Erwägung, die durch § 2 Abs. 1 Ziffer 1 und § 15 Abs. 4 des Bundeserziehungsgeldgesetzes gegebene Möglichkeit, während des Bezugs von Erziehungsgeld gleichzeitig einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, in einer näher festzulegenden Weise einzuschränken, damit durch die hierdurch frei werdenden Arbeitsplätze Arbeitslosen eine Chance gegeben werden kann?

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

4. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bei der Sitzung der deutsch-tschechischen Umweltkommission am 20./21. September 1999 in Dresden erreicht, um die geplante Hühneraufzuchtstation in Vseruby unmittelbar an der Grenze zu Deutschland zu verhindern?

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**

5. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Treffen Informationen zu, dass der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erich Stather, am 3. September 1999 bei einem Besuch des Deutsche-Welle-Fortbildungszentrums in Berlin gegenüber Leitenden Mitarbeitern der Deutschen Welle geäußert haben soll, der Intendant sei ein Problem für die Bundesregierung und müsse weg?
6. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Treffen Informationen zu, dass der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erich Stather, bei einem Besuch am 3. September 1999 bei der Deutschen Welle in Berlin Leitende Mitarbeiter aufgefordert hat, ihre Loyalitätspflicht gegenüber dem Deutsche-Welle-Unternehmenschef aufzugeben und in diesem Zusammenhang geäußert haben soll, auch er müsse sich in seinem Ministerium immer wieder neue Loyalitäten suchen und sichern?

Auswärtiges Amt

7. Abgeordneter
**Christian
Schmidt**
(Fürth)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der zahlreichen bevorstehenden Schließungen deutscher Auslandsvertretungen die seit Jahren auf dem Tisch liegenden Vorschläge zur Schaffung gemeinsamer Botschaften der EU in Drittländern „unter einem Dach“?

8. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichtes vom 9. September 1999, wonach Angehörige der deutschen und ungarischen Minderheit in der Tschechischen Republik Anrecht auf die volle Rückgabe ihres von den Nachkriegsregierungen beschlagnahmten Eigentums haben, nutzen, um mit der Tschechischen Republik konstruktive Gespräche über mögliche Lösungen der offenen Eigentumsfragen der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen aufzunehmen?

Bundesministerium des Innern

9. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang und in welchen zeitlichen Abschnitten plant die Bundesregierung die Kürzung bzw. den Ausstieg aus der finanziellen Beteiligung des Bundes an der Beschaffung von Führungs- und Einsatzmitteln für die Bereitschaftspolizeien der Länder?
10. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass bei erheblichen Mittelstreichungen in diesem Bereich die Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizeien der Länder im bisherigen Umfang und in bisheriger Qualität nicht mehr geleistet werden kann sowie erhebliche Einbußen im Bereich der Inneren Sicherheit zu erwarten sind, da für komplexe Einsatzzlagen wie z. B. Castor-Transporte, bundesweite demonstrative Aktionen (Kurdenproblematik) oder Großveranstaltungen wie die EXPO 2000 nicht mehr wie bisher ausreichend und kompatibel ausgestattete Einsatzeinheiten zur Verfügung stehen werden?

Bundesministerium der Finanzen

11. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen widerlegen, dass aufgrund der abgelaufenen Duty-free-Regelung ab dem 1. Juli 1999 über zehntausend Arbeitsplätze abgebaut werden, und gibt es schon einzelne Anzeichen hierfür?

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Was hat die Bundesregierung getan, um einen solchen Arbeitsabbau zu verhindern? |
| 13. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung aufgrund der Aussage, dass die Kapitalerträge in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern niedrig besteuert werden (vgl. Handelsblatt vom 22. September 1999), eine erhöhte Besteuerung der Kapitalerträge, und wenn ja, wie soll eine europäische Koordination erfolgen? |
| 14. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Wie steht die Bundesregierung zu den Vorwürfen verschiedener Wirtschaftsverbände, dass die Öko-steuer aufgrund der einseitigen Begünstigung verschiedener Branchen Wettbewerbsverzerrungen hervorruft, und wie beurteilt sie eine wahrscheinliche Verfassungsklage? |

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.) | Ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Karl-Heinz Funke, bereit, den Förderplan des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums vor dem Hintergrund der darin enthaltenen Förderung von FFH- und Vogelschutzgebieten zu unterstützen und ihn unverzüglich an die Europäische Kommission weiterzuleiten? |
| 16. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Novellierung des Forstabsatzfondgesetzes, die zu einer erheblichen Kostenbelastung für Holzwerke in Deutschland geführt hat, die überwiegend Holz aus heimischen Wäldern schneiden? |
| 17. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(F.D.P.) | Sieht die Bundesregierung verfassungsrechtliche Bedenken, weil Holzwerke, die nur Imпорtholz schneiden, nicht mit diesen zusätzlichen Kosten belastet werden? |

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

18. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Bedeutet die Nichtbeteiligung der Freien Berufe am Bündnis für Arbeit, dass die Bundesregierung die Freien Berufe als Arbeitgeber für nicht arbeitsmarktrelevant hält?
19. Abgeordneter
**Thomas
Dörflinger**
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Fehlbetrag in der gesetzlichen Rentenversicherung, der durch die vorgesehene Absenkung der durch den Bund zu leistenden Versicherungsbeiträge der Zivildienstleistenden entsteht, und ist eine analoge Regelung auch für die Rentenversicherungsbeiträge der Wehrpflichtigen in Planung?
20. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Wie entwickeln sich die Bundeszuschüsse zur Rente, mit und ohne Berücksichtigung der Ökosteuer, in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003 im Vergleich zur bis Oktober 1998 geltenden Gesetzeslage in Deutschland, unterstellt das Konzept der Bundesregierung zum sog. Zukunftsprogramm träte unverändert in Kraft?
21. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Wie entwickeln sich die Rentenausgaben des Bundes und die Beitragssätze, mit und ohne Berücksichtigung der Ökosteuer, in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003 im Vergleich zur bis Oktober 1998 geltenden Gesetzeslage in Deutschland, unterstellt das Konzept der Bundesregierung zum sog. Zukunftsprogramm träte unverändert in Kraft?
22. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) festgeschriebene Recht auf Wahl eines Betriebsrates auch gegen den Widerstand der Geschäftsleitung durchzusetzen?
23. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)
- Trifft es zu, dass Straftaten nach § 119 BetrVG (fristlose Kündigung nach Vorbereitung zur Betriebsratswahl) nicht verfolgt werden können, wenn kein Belegschaftsmitglied gewerkschaftlich organisiert oder bereit ist, seine Gewerkschaftsmitgliedschaft aus Angst vor Kündigung zuzugeben?

24. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.)
- Wie viele Strafverfahren und Verurteilungen hat es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 10 Jahren nach § 25 Ladenschlussgesetz gegeben?

Bundesministerium der Verteidigung

25. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um Angehörigen von deutschen Soldaten in den USA eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen, vor dem Hintergrund, dass sie derzeit nur sehr stark eingeschränkt arbeiten dürfen und nach dem NATO-Truppenstatut Angehörige von Soldaten der US-Streitkräfte in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erhalten?
26. Abgeordneter
**Dirk
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage zur politischen Bildung aus dem jüngsten Bericht der Wehrbeauftragten, dass es manchem Vorgesetzten an „Sachkunde bzw. an pädagogischer Befähigung“ mangle?
27. Abgeordneter
**Dirk
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Dissertation und das Promotionsverfahren ehemaliger und unmittelbar vor der Beendigung des Dienstverhältnisses stehender Soldaten überhaupt nicht durch den Berufsförderungsdienst der Bundeswehr als berufsbildende Maßnahmen im Rahmen des Soldatenversorgungsgesetzes finanziell gefördert werden?
28. Abgeordneter
**Dirk
Siemann**
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Fehlen von rund 2000 Polizisten im Kosovo für die dort eingesetzten Bundeswehrsoldaten, und falls sich aufgrund des Polizistenmangels zusätzliche Aufgaben für Bundeswehrsoldaten ergeben, wie wird der Schutz der Soldaten bei der Ausübung polizeilicher Aufgaben sichergestellt?
29. Abgeordneter
**Dirk
Siemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunftsaussichten des Lenkflugkörpers „Taurus“?

Bundesministerium für Gesundheit

30. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)
- Ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung mittlerweile wieder eine reibungslose Praxis bei der Versorgung Pflegebedürftiger in Heimen mit Hilfsmitteln nach § 33 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (z. B. Schieberollstühle, Dusch- und Toilettenstühle) – vor dem Hintergrund der unveränderten Gesetzeslage – gegeben, oder zieht sie eine klarstellende Gesetzesänderung in Erwägung?
31. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)
- Welche dauerhafte Regelung im Blick auf die Leistungspflicht bei Behandlungspflege in Heimen strebt die Bundesregierung nach Auslaufen der jetzt noch geltenden, aber bis Jahresende befristeten Regelung an?
32. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
- Sind die Krankenkassen nach der Klarstellung in der „gemeinsamen Verlautbarung“ vom 26. Mai 1998, dass die sich aus § 33 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch ergebenden Rechtsansprüche uneingeschränkt auch für die in Pflegeeinrichtungen lebenden Versicherten gelten, insgesamt gesehen wieder zu der Bewilligungspraxis zurückgekehrt, die vor der Einführung der stationären Leistungen der Pflegeversicherung selbstverständlich war, dahingehend, dass alle Versicherten mit Hilfsmitteln gleich zu versorgen sind, egal wo sie wohnen?
33. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- In welcher Art und mit welchen konkreten Haushaltsansätzen plant die Bundesregierung die Finanzierung eines neutralen Patientenberatungsnetzwerks?

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

34. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Bau der A 72 auf ihrer gesamten Länge vom auszubauenden Autobahnkreuz Chemnitz bis zum zukünftigen Autobahndreieck A 72/A 38 südlich von Leipzig in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes einzuordnen?

35. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnel**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Schienenstrecke im Bereich Zwickau, Chemnitz, Leipzig, zu der auch der Bau des City-Bahn-Tunnels in Leipzig gehört, in den Vordringlichen Bedarf einzuordnen und diesbezüglich entsprechende Finanzmittel bereitzustellen?
36. Abgeordnete
**Ulrike
Flach**
(F.D.P.)
- Welche baulichen und verkehrslenkenden Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den ab dem Jahr 2006 nach Fertigstellung der sog. Bettuwe-Linie (Rotterdam-Zevenaar) zu erwartenden hohen Zuwachs an Güter- und Personenverkehr auf der rechtsrheinischen Eisenbahnstrecke zwischen Oberhausen und Elten (bei Emmerich) zu bewältigen?
37. Abgeordneter
**Dr. Christian
Ruck**
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Mittel (mit genauer Aufgliederung) der öffentlichen Hand sind bis zum heutigen Tage in die Planungen bzw. den Bau der ICE-Strecke Stuttgart–München geflossen?
38. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)
- Wann sollen nach Auffassung der Bundesregierung, unter dem Gesichtspunkt, dass sie, wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Lothar Ibrügger, erklärt, die zwei zusätzlichen Gleise der Rheintalstrecke zwischen Offenburg und Basel erst dann bauen lassen will, wenn das Verkehrsaufkommen dies erfordert, die noch ausstehenden Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden, wissend, dass die Deutsche Bahn AG im Zuge des Planfeststellungsverfahrens für den „Katzenbergtunnel“ von insgesamt 386 Zügen pro Tag im Jahr 2010 ausgeht, davon 226 Güterzüge sind – das ist ein Plus von 70 Prozent in Bezug auf 1999 – und dass derzeit ein Gleis 120 Züge pro Tag bewältigen muss, und wissend, dass von der Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens bis zur Streckenfreigabe mehrere Jahre vergehen, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus der mit der Schweiz geschlossenen bilateralen Vereinbarung bezüglich des Zulaufs zur neuen Alpentransversale (NEAT) erfüllt werden können?
39. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)
- Welche Projekte wurden in Baden-Württemberg im Zuge der „Lärmsanierung entlang bestehender Schienenwege der Deutschen Bahn AG“ im laufenden Jahr beauftragt, und wann ist ggf. mit Lärm-

sanierungsmaßnahmen entlang der Rheintalstrecke im Bereich zwischen Offenburg und Basel zu rechnen?

- 40. Abgeordneter
Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)**

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass im Königreich Dänemark als eine erste Konsequenz aus der Havarie der „Pallas“ bereits ab dem 1. Januar des kommenden Jahres ausschließlich die Marine für die Schiffssicherheit in dänischen Gewässern zuständig sein wird, und ist sie bereit, die deutsche Marine ebenfalls zum besseren Schutz der deutschen Küste in ähnlicher Funktion einzusetzen?

Bundeskanzler und Bundeskanzleramt

- 41. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU)**

Was hat den Bundesbeauftragten für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien angesichts der gesetzlichen Verpflichtung des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG), dass „Bund und Länder (...) entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten (haben)“, dazu bewogen, die Erhöhung der dazu zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Bundes von 4,17 Mio. DM im Jahre 1982 auf 45 Mio. DM im Jahre 1998 als einen „ganz absonderlichen Vorgang“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. September 1999) zu bezeichnen?

- 42. Abgeordneter
Lothar
Mark
(SPD)**

Wie ist es nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, dass die Fürstlich Fürstenbergische Hofbibliothek zu Donaueschingen verkauft und zudem in Teilen verkauft werden darf?

- 43. Abgeordneter
Lothar
Mark
(SPD)**

Was unternimmt die Bundesregierung, damit dieses bedeutsame Kulturgut komplett in Deutschland verbleibt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird?

44. Abgeordneter
**Klaus
Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass das dem Bundeskanzleramt unterstehende Bundespresse- und Informationsamt in diesem Jahr, in dem der Europarat sein 50-jähriges Jubiläum begeht, ein 220 Seiten starkes „Handbuch zur Europapolitik“ herausgegeben hat, in dessen Teil I „Das demokratische Europa – Europa auf dem Weg ins Jahr 2000“ nur die 15 Mitgliedstaaten der EU genannt werden, der 41 Länder umfassende Europarat aber mit keinem Wort erwähnt wird, nicht einmal in der graphischen Darstellung der „Etappen der europäischen Einigung“ auf Seite 11 und auch nicht unter der allgemeinen Überschrift „Viele Namen für Europa“ auf Seite 15?
45. Abgeordneter
**Klaus
Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)**
- Wenn ja, zählt die Bundesregierung Staaten wie die Schweiz, Norwegen und Island oder die drei neuen NATO-Mitgliedstaaten Tschechien, Ungarn und Polen nicht zum „demokratischen Europa“, oder gibt es andere Gründe für die Nichterwähnung im Teil I der Broschüre?
46. Abgeordneter
**Dr. Karl-Heinz
Hornhues
(CDU/CSU)**
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Europarat – die älteste und inzwischen gesamteuropäische Organisation – ausreichend gewürdigt wird, wenn ihm in einem 220-seitigen „Handbuch zur Europapolitik“ nur eine einzige Seite gewidmet wird?